

Gemeinsame Medienmitteilung der drei Standortregionen für ein geologisches Tiefenlager

## Regionen fordern verbindliche Zusagen für Abgeltungen

**Bülach, Feuerthalen und Riniken, 8. September 2021. Im nächsten Jahr soll bekannt werden, wo in der Schweiz ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle entsteht. Die drei potenziellen Standortregionen sind bereit, einen Beitrag zur Lösung einer nationalen Aufgabe zu leisten. Dies allerdings nicht zum Nulltarif, sondern zu einem Betrag von mindestens 800 Millionen Franken, wie ursprünglich von den Entsorgungspflichtigen vorgesehen war.**

Das Suchverfahren nach einem Standort für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle befindet sich vor einem wichtigen Meilenstein. Nächstes Jahr wird die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) bekanntgeben, welchen Standort sie weiterverfolgen will und dafür ein Rahmenbewilligungsgesuch einreichen wird. Gemäss aktuellem Stand kommen hierfür drei Regionen in Frage: Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost.

Die Finanzierung der Stilllegung der Kernkraftwerke sowie die Entsorgung der radioaktiven Abfälle erfolgt in der Schweiz nach dem Verursacherprinzip. Die entsorgungspflichtigen Kernkraftwerksbetreiber äufnen zu diesem Zweck den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds (STENFO), der von einem unabhängigen Gremium verwaltet wird. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die Stilllegung und den Rückbau der Kernkraftwerke sowie für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle werden in der jüngsten Kostenstudie aus dem Jahr 2016 auf knapp 24 Milliarden Franken beziffert.

Das Sachplanverfahren geologische Tiefenlager legt fest, wie in der Schweiz Standorte für Tiefenlager für radioaktive Abfälle ausgewählt werden. Es sieht vor, dass Standortregionen und -kantone gegen Ende der nun laufenden dritten Verfahrensetappe gemeinsam mit den Entsorgungspflichtigen Verhandlungen über Abgeltungen führen sollen. Mit Abgeltungen sind finanzielle Entschädigungen zugunsten der Standortregionen gemeint. Mit ihnen werden Leistungen abgegolten, welche die Regionen zur Lösung einer nationalen Aufgabe erbringen.

In einem gemeinsamen Schreiben an die Verwaltungskommission des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds (STENFO) fordern die Regionen Jura-Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost verbindliche Zusagen im Rahmen der Kostenstudie 2021. Die Entsorgungspflichtigen könnten ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn eine Region bereit sei, eine massgebliche Leistung zur Lösung einer nationalen Aufgabe zu erbringen, indem sie als Standort für ein geologisches Tiefenlager diene.

An einem Treffen mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga verdeutlichten die drei Regionspräsidenten ihre Haltung ebenfalls und betonten dabei die Forderung nach einer verbindlichen Zusage für Abgeltungen.

**Für weitere Fragen stehen Ihnen am 8. September zwischen 11.00 Uhr und 13.00 Uhr zur Verfügung:**

Ueli Müller, Präsident Regionalkonferenz Jura Ost, +41 79 782 77 75

Hanspeter Lienhart, Präsident Regionalkonferenz Nördlich Lägern, +41 79 708 40 90

Jürg Grau, Präsident Regionalkonferenz Zürich Nordost, +41 79 406 21 24

Anhang: Foto



Die Präsidenten der Regionalkonferenzen: vlnr: Hanspeter Lienhart, Nördlich Lägern, Ueli Müller, Jura Ost und Jürg Grau, Zürich Nordost.